

Geistiger Tippfehler

Migrationsforscher Klaus J. Bade: Es gibt keine deutsche Leitkultur

Professor Klaus J. Bade ist einer der führenden europäischen Migrationshistoriker. SZ sprach mit ihm über die aktuelle Diskussion über Zuwanderung, das geplante Zuwanderungsgesetz und das Unwort „deutsche Leitkultur“.

Wie bewerten Sie die Debatte über die Zuwanderung nach Deutschland?

Es ist gut, dass sie endlich öffentlich geführt wird. Aber teilweise nimmt die Diskussion groteske Züge an – der Amnesieprozess in den großen Parteien erreicht momentan seinen Höhepunkt. Da weiß die SPD scheinbar nicht mehr, dass sie in der Opposition ein umfassendes Zuwanderungsgesetz gefordert hat. Und die CDU/CSU, dass sie genau das, was sie jetzt fordert, in der Regierung verhindert hat.

Wann soll das Zuwanderungsgesetz kommen?

Es ist absehbar, dass Migration das Wahlkampfthema werden wird. Deswegen muss auf jeden Fall deutlich vor 2002 zumindest ein konsensfähiger Grundentwurf über die Rahmenbedingungen eines Zuwanderungsgesetzes vorgelegt werden. Über Positionen innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens kann man dann getrost auch im Wahlkampf streiten. Aber wenn man sich dieser gemeinsamen politischen Aufgabe verweigert, könnte es zu einer Neuaufgabe der Kampagnendemagogie der frühen 90er Jahre kommen.

Was soll darin enthalten sein?

Einwanderung und Arbeitswanderung einerseits, Flucht und Asyl andererseits müssen in ein übergreifendes Konzept eingebunden werden, gesetzlich aber klar getrennt bleiben: Bei Arbeitswanderung und Einwanderung geht es um wirtschaftliche Interessen auf beiden Seiten. Das Einwanderungsland muss das Recht haben, sich seine Einwanderer auszusuchen. Zumal die Handlungsspielräume ja ohnehin sehr beschränkt sind, denn Familiennachzug, Aussiedlerzuwanderung und Asyl sind durch das Grundgesetz geschützt. Bei Flucht und Asyl geht es um humanitäre

Pflichten. Es kann nicht um die Quotierung von Hilfsbereitschaft gehen, sondern um eine europäische Lastenteilung bei dieser universellen Pflicht.

Kann ein Zuwanderungsgesetz alle Probleme lösen?

Leider nicht. Viele Deutsche denken in dieser Hinsicht einigermaßen legalistisch beziehungsweise etatistisch: Der Staat macht ein Gesetz, und dann ist das geregelt. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus. Auch in den USA mit ihren Einwanderungsgesetzen und scharfen Einwanderungskontrollen kommt ein großer Teil der Einwanderer illegal ins Land. Man kann durch die Gesetzgebung aber verhindern, dass Leute, die als reguläre Zuwanderer kommen würden, in die Illegalität gedrängt werden.

Muss man lernen, mit dem „Unnormalen“ normal umzugehen?

In gewisser Hinsicht ja. Es gibt nun einmal Illegale hier, als Bauarbeiter, als Pflegepersonal, und sie werden gebraucht. Sie sollten die Möglichkeit einer nachträglichen Legalisierung als Arbeitswanderer auf Zeit bekommen. Aber nicht auf Dauer oder gar als Einwanderer, das wäre ein Widerspruch zu Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungskontrolle. Eine solche Lösung wäre eine weitere Schwächung der organisierten Schleuserbanden, die die so genannten Illegalen über be-

stimmte Vertragsformen zum Teil sogar im Inland noch unter Kontrolle halten. Kriminell sind ja nicht jene, sondern die Schlepperbanden – und gegen die muss auch direkt vorgegangen werden, auch in den Herkunftsregionen, auch unter Einbeziehung der Geheimdienste.

Über die Integration der Zuwanderer wird gerade heftig debattiert. Was halten Sie von dem Begriff der „Leitkultur“?

Es ist doch hanebüchen zu sagen, wir hätten eine „freiheitlich deutsche Leitkultur“. Das war eine Art geistiger Tippfehler, der sich dann in der Parteitaktik verselbstständigt hat – weil man sich scheute, wieder abzuspringen vom falsch gesattelten Pferd. Es hätte bestenfalls heißen können „freiheitlich demokratische Leitkultur“. Und an die halten sich viele Zuwanderer in Deutschland mehr als jene, die ihnen auf der Straße das Gesicht eintreten.

Welche Folgerungen kann die Politik aus migrationshistorischen Forschungen ziehen?

Es geht der Migrationsforschung auch darum, zu zeigen, dass wir nicht in einer historischen Ausnahmesituation leben. Seit dem Ende der Teilung der Welt hat Deutschland – wie etwa auch Österreich – in seine historische Rolle als migratorische Drehscheibe zwischen Ost und West, Süd und Nord zurückgefunden. Das ist also alles nicht so neu. Und es ist gestaltbar. Es geht um eine Normalisierung des Verhältnisses von Politik zu den Themen Migration und Integration. Mit wachsender Einsicht in die Gestaltbarkeit der Probleme schrumpfen die Chancen der Demagogie.

Aber Politik ist ein mitunter extrem kurzatmiges Geschäft.

Durchaus. Es ist manchmal fast absurd, mit welcher Kurzatmigkeit und konzeptionellen Ahnungslosigkeit sich Politiker auf dem gesellschaftspolitisch so brisanten Feld von Migration und Integration bewegen. Doch wenn wir hier scheitern, stehen uns unter Umständen massive soziale Konflikte ins Haus.

■ Das Gespräch führte Jan Sternberg.

ZUR PERSON



■ Klaus J. Bade (56) ist Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Integration an der Universität Osnabrück. Sein

neuestes Buch „Europa in Bewegung“ erschien kürzlich bei C.H. Beck (58,90 DM). Zudem ist Bade Mitbegründer und stellvertretender Vorsitzender des bundesweiten „Rat für Migration“. Dessen von ihm und dem Berliner Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz herausgegebener „Migrationsreport 2000“ wurde jetzt im Campus-Verlag veröffentlicht (39,80 DM).